

Hamburgs Türken

Türkische Gemeinde pocht auf doppelte Staatsbürgerschaft

Hamburg – Sie kamen als „Gastarbeiter“ – heute haben sie Enkel, für die die Türkei ein fremdes Land ist. Sie zahlen Steuern, aber dürfen nicht wählen. Sie wollen ein Ende der Ungleichbehandlung und nicht länger „Ausländer“ bleiben. „Wir wollen endlich deutsche Staatsbürger werden“, forderte gestern Hakki Keskin, Vorsitzender der „Türkischen Gemeinde in Deutschland“, mit über 250 Mitgliedsvereinen die bundesweit größte Organisation der Türken.

Keskin, zugleich SPD-Bürgerschaftsabgeordneter, gab damit den Startschuß für eine bundesweite Aktion. Deren Ziel: Bis zum Jahr 2000 sollen eine Millionen der 2,2 Millionen Türken in Deutschland eingebürgert werden. Allein in Hamburg leben rund 73 000 Türken. Für die Gastarbeiter der ersten Generation, für deren Kinder und Enkel, sei Deutschland längst zur Hei-

mat geworden, sagte Keskin. Es sei „inakzeptabel“, daß sie den Deutschen „rechtlich, politisch und sozial“ noch immer nicht gleichgestellt seien.

„Wir erfüllen zwar alle Pflichten, haben aber keine Rechte“, klagte Keskin. So zahlten die türkischen Arbeitnehmer jährlich 500 Millionen Mark Solidaritätsabgabe, dürften aber nicht an Wahlen teilnehmen oder sich selbst wählen lassen, keine Beamte werden, seien in ihrem Aufenthaltsrecht eingeschränkt. Diesen Zustand, so Keskin, würden die Türken auf „keinen Fall“ hinnehmen. Denn diese „rechtliche Aussonderung“ trage auch zur Ausländerfeindlichkeit bei.

Forderung der Türkischen Gemeinde: die doppelte Staatsbürgerschaft muß her. Die Kinder der hier lebenden Türken müßten automatisch

die Staatsbürgerschaft ihres Geburtslandes bekommen. Nach längstens acht Jahren Aufenthalt müsse es einen Anspruch auf Einbürgerung geben – ohne daß man wie bisher den türkischen Paß abzugeben hat, will man Deutscher werden. Und: die Bearbeitungsfristen für die Einbürgerung sollten auf drei Monate beschränkt werden. Jetzt warte mancher mehrere Jahre. „Wir könnten dann als „kulturelle Brücke“ wirken, sagte Keskin.

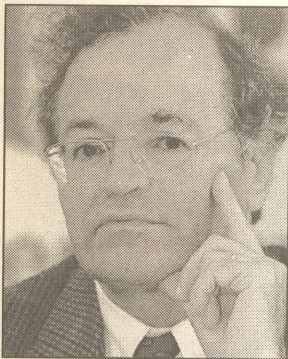
Schützenhilfe bekam er von Innensenator Hartmuth Wrocklage (SPD), der kurz vor seinem Auftritt bei der Türkischen Gemeinde einem Anschlag entgangen war (siehe S. (8/9).

Schon jetzt sei jeder sechste Hamburger ein Ausländer – und diese Zahl werde weiter wachsen. Hamburg als Ballungsraum brauche daher ein Klima der Integration und profitiere von den Ausländern. „Wir haben auch eine moralische Verpflichtung“, sagte Wrocklage. „Wir haben die Gastarbeiter ins Land geholt und müssen sie jetzt auch bei ihrer rechtliche Gleichstellung unterstützen.“

Rainer Busch

**HAMBURGER
MORGEN
POST** **THEMA
DES
TAGES**

Foto: R.J.K



VORKÄMPFER – Hakki Keskin will gleiche Rechte.

Staatsbesuch

Grüne, türkische und kurdische Organisationen demonstrierten gegen „staatliche“ Morde in der Türkei. Bundespräsident Herzog mahnte die Einhaltung der Menschenrechte ein. Süleyman Demirel, türkischer Staatspräsident, wurde gestern bei seinem ersten Besuch in der Bundesrepublik nicht nur freundlich begrüßt. Heute trifft Demirel Kanzler Kohl.



Foto: dpa

wollen

Foto: Geilrich



INFO

Staatsbürgerschaft

Kriminelle haben keine Chance, das Strafregister muß sauber sein, und einen sicheren Job braucht man auch: Wie werde ich Deutscher? Das Gesetz, in dem dies geregelt ist, stammt noch aus Kaiser Wilhelms Zeiten, aus dem Jahr 1913. Wer sich einbürgern lassen will, muß sich den „deutschen Lebensverhältnissen“ angepaßt haben, und was das heißt, darüber entscheiden Beamte. Für viele bedeutet dies: Ohne zehnjährigen Aufenthalt in Deutschland läuft nichts. Und: Wer einen Paß haben will, muß auf seine bisherige Staatsbürgerschaft verzichten. Aber gerade dies wollen viele Türken nicht. rb